

Die Liberalisierungsfalle: Warum Lateinamerika hinter Ostasien zurückfiel



Während die ostasiatischen Länder weiterhin eine erhebliche Wirtschaftsdynamik auszeichnet, stagniert die Entwicklung in Lateinamerika seit den 80er Jahren. Ausgerechnet der Rohstoffreichtum entwickelte sich dabei zum Fluch.

● Text: Luiz Carlos Bresser-Pereira

Buenos Aires, Argentinien. 2. September 2016. Arbeiter-Gewerkschaften versammeln sich in Buenos Aires, Argentinien, um gegen Entlassungen, Steuererhöhungen und Inflation zu protestieren.

Seit 2007 bemühen Ökonomen die sogenannte These von der „mittleren Einkommensfalle“, um zu erklären, warum die einstmalig schnell wachsenden Volkswirtschaften in Lateinamerika seit den 1980er Jahren wirtschaftlich faktisch stagnieren. Mehrere Studien versuchten die Hypothese zu untermauern, dass Länder, deren Bruttoinlandsprodukt ein „mittleres Niveau“ erreicht hat, in ihrer Wirtschaftsdynamik gebremst werden. Allerdings waren die Zeiträume zu groß und die Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern zu vielfältig, um aus dieser Überprüfung irgendwelche Schlüsse über die Richtigkeit der These ziehen zu können.

Vergleicht man Lateinamerika und Ostasien vor und nach den 1980er Jahren, zeichnet sich zwischen den 1960er und 80er Jahren deutlich eine nicht weit auseinander liegende Wachstumsdynamik ab. Während aber in Lateinamerika seit Anfang der 90er Jahre Stagnation herrscht, wächst die Wirtschaft in Ostasien weiterhin rasant.

Wachstumsraten Lateinamerikas und Ostasiens vor und nach den 1980er Jahren.

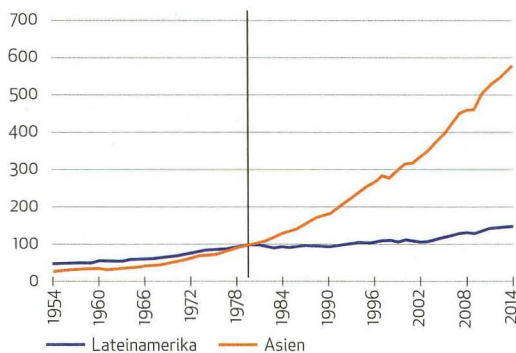
	1960–1980	1991–2014
Lateinamerika	3,0	1,2
Ostasien	4,7	5,3

Quellen: Pen World Tables. Lateinamerika: Brasilien, Mexiko, Argentinien und Kolumbien; Ostasien: China, Südkorea, Taiwan, Singapur (1954–60 nicht enthalten).

Wie aber lässt sich dieses Wachstum der ostasiatischen Länder erklären, wenn es stimmt, dass die wirtschaftliche Dynamik abnimmt, sobald das Bruttoinlandsprodukt ein „mittleres Niveau“ erreicht hat?

Vergleich des Pro-Kopf-Wachstums Lateinamerikas und Ostasiens von den 1960er Jahren bis 2014.

Lateinamerika: Brasilien, Mexiko, Kolumbien und Argentinien.



Als Ursachen für das Phänomen der „mittleren Einkommensfalle“ werden vor allem die Qualität der Institutionen, demographische Probleme, der Mangel an wirtschaftlicher Infrastruktur, schlechte Bildung sowie fehlende Anreize für technologisches Lernen, Forschung und Entwicklung hervorgehoben. Doch all das sind keine Probleme, die erst seit Anfang der 90er Jahre auftauchen. Und obwohl schon lange vorher bekannt, waren sie in den Jahrzehnten zuvor trotzdem kein ernsthaftes Hindernis für das Wirtschaftswachstum.

Vielmehr gilt es ein durchaus neues historisches Faktum zu berücksichtigen: die Handels- und Finanzmarktliberalisierung seit den 80er Jahren. Anstatt von einer „mittleren Einkommensfalle“ sollte man daher besser von einer „Liberalisierungsfalle“ sprechen. Die lateinamerikanischen Länder hörten nicht auf, schnell zu wachsen und den Rückstand zu den Industrieländern

aufzuholen, weil sie ein bestimmtes Pro-Kopf-Einkommen erreicht hatten, sondern weil es in den 1980er Jahren eine neue folgenreiche Entwicklung gibt: Unter dem massiven Druck des Westens setzten fast alle Entwicklungsländer auf neoliberale Reformen, insbesondere auf die Handels- und Finanzmarktliberalisierung.

Nun haben aber sowohl Lateinamerika als auch Ostasien den Handel und die Finanzmärkte in diesem Zeitraum liberalisiert. Und wieder stellt sich die Frage: Warum waren die Folgen so unter-

schiedlich? Warum konnten die ostasiatischen Länder die Wachstumsdynamik beibehalten, ja sogar steigern, und wieso gelang das in Lateinamerika nicht?

Die Antwort der Neuen Entwicklungsökonomie auf diese Frage ist einfach: In den ostasiatischen Ländern waren Einfuhrsteuern nur für eine kurze Zeit notwendig – solange sich die verarbeitende Industrie im Anfangsstadium befand. In Lateinamerika hingegen mussten Einfuhrsteuern auch zur Neutralisierung eines seltsamen Übels eingesetzt werden: der „Holländischen Krankheit“.

Der Name geht auf ein Phänomen zurück, das erstmals in den Niederlanden in den 1960er Jahren beobachtet wurde. Als dort Erdgasvorkommen entdeckt und ausgebeutet wurden, kam es allmählich zu einer Schrumpfung des industriellen Sektors. Hauptursache waren die durch das Erdgasgeschäft entstandenen Außenhandelsüberschüsse, die über den Wechselkursmechanismus zu einer Aufwertung der holländischen Währung und somit zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führten.

Die Holländische Krankheit hat ihre Ursache also in einer Grundrente, generiert durch Rohstoffe, und einem Preisboom im Rohstoffsektor. Die Folge ist eine Aufwertung der Währung, die aus Sicht des verarbeitenden Gewerbes aber eine Währungsüberbewertung ist. Anders gesagt: Exportgüter sind zu einem höheren Wechselkurs international preislich nicht mehr wettbewerbsfähig, weshalb zunehmend heimische Industriegüter durch ausländische Güter ersetzt werden. Wird die Holländische Krankheit nicht angemessen therapiert, erweist sie sich als großes Hindernis für die Industrialisierung und vermindert dann notwendig die Wachstumsdynamik.

Die ostasiatischen Länder konnten sich, nachdem die Industrialisierung dem Kindheitsstadium entwachsen war, relativ problemlos für den Weltmarkt öffnen. Sie kennen die Holländische Krankheit nicht, weil sie über keine Rohstoffe verfügen. Anders die lateinamerikanischen Länder, für die Einfuhrzölle weiterhin notwendig gewesen wären, um die Holländische Krankheit zu bekämpfen.

Schon aus diesem Grund sind Einfuhrzölle auf Industrieerzeugnisse nicht als protektionistisch zu brandmarken, sondern ermöglichen Unternehmen eines bestimmten Landes, mit ausländischen Unternehmen überhaupt erst in einen fairen Wettbewerb einzutreten, der durch die Überbewertung der Währung unmöglich gemacht wird. Die richtige Therapie gegen die Krankheit besteht deshalb auch darin, entsprechend den internationalen Preisen der Waren eine variable Steuer auf die Exporte von Industriegütern zu erheben.

Während der schnellen Industrialisierungsphase von 1950 bis 1980 kannten lateinamerikanische Politiker die Holländische Krankheit zwar noch nicht, aber sie hatten von der damals vorherrschenden klassischen Entwicklungsökonomie gelernt, dass Wachstum „Strukturwandel“, also Industrialisierung ist. So adoptierten sie pragmatisch jede wirtschaftspolitische Strategie, die die

Unter dem massiven Druck des Westens setzten fast alle Entwicklungsländer auf neoliberale Reformen, insbesondere auf die Handels- und Finanzmarktliberalisierung.

Industrialisierung förderte – insbesondere erhoben sie Einfuhrzölle.

Wie groß der Wettbewerbsnachteil durch die Holländische Krankheit ist, lässt sich indes nur schwer messen. Er hängt im Wesentlichen von den Schwankungen der Rohstoffboomzyklen und den ihnen folgenden Wechselkursschwankungen ab. Die Schwere der Krankheit entspricht der prozentualen Differenz zwischen dem Wechselkurs, den wettbewerbsfähige Fertigungsunternehmen benötigen (industrielles Gleichgewicht), und dem Wechselkurs, der die Leistungsbilanz des Landes intertemporal ausgleicht (aktuelles Gleichgewicht). Beträgt etwa das industrielle Gleichgewicht eines Landes \$ 4,00 pro US-Dollar und das aktuelle Gleichgewicht \$ 3,30 pro US-Dollar, wird die Holländische Krankheit \$ 0,70 pro US-Dollar und ihre Schwere 17,5 Prozent betragen.

Die Hauptursache der Krankheit, der Virus, ist das Öl. Und angesichts der internationalen Preiskonstanz (die die Grenzkosten des weniger effizienten Exporteurs widerspiegelt) wird der „Krankheitsverlauf“ von den Kosten der Ölproduktion abhängen. Auch in Saudi-Arabien ist das Krankheitsbild weit fortgeschritten, seitdem der Golfstaat zum Ölexporteur wurde. In Brasilien, dessen Wettbewerbsnachteile auf den Export von Kaffee, Fleisch oder Sojabohnen zurückzuführen sind, ist die Krankheit dagegen weniger schwerwiegend und könnte sogar ganz verschwinden, wenn die Preise für diese Waren langfristig fallen.

Als der Westen in den 1980er Jahren Lateinamerika die Handelsliberalisierung aufzwang – nicht ohne Zustimmung der lokalen, abhängigen

Eliten –, öffnete Ostasien ebenfalls seine Wirtschaften. Diese aber waren vorbereitet. Die Fertigungsindustrien waren mittlerweile entwickelt und wettbewerbsfähig – ganz anders in Lateinamerika: dessen Fertigungsunternehmen standen dem großen preislichen Wettbewerbsnachteil unvorbereitet gegenüber. ●

Aiyar, Shekhar; Duval, Romain; Puy, Damien; Wu, Yiqun; Zhang, Longmei: Growth slowdowns and the middle-income trap. IMF Working Paper WP/13/71, Washington DC: International Monetary Fund, 2013.

Bresser-Pereira, Luiz Carlos; Oreiro, José Luis; Marconi, Nelson: Developmental Macroeconomics, London: Routledge, 2014.

Bresser-Pereira, Luiz Carlos: The Dutch disease and its neutralization: a Ricardian approach, in: Brazilian Journal of Political Economy, 28 (1), 2008, 47-71.

Bresser-Pereira, Luiz Carlos: Reflecting on new developmentalism and classical developmentalism, in: Review of Keynesian Economics, 4 (3), 2016, 331-352.

Eichengreen, Barry; Park, Donghyun; Shin, Kwanho: When fast growing economies slow down: international evidence and implications for China, in: Asian Economic Papers, 11 (2012), 42-87.

Eichengreen, Barry; Park, Donghyun; Shin, Kwanho: Growth slowdowns redux: new evidence on the middle-income trap. Working Paper 18673, 2013: <http://www.nber.org/papers/w18673>

Felipe, Jesus; Abdon, Amelyn; Kumar, Utsav: Tracking the middle-income trap: what is it, who is in it, and why? Levy Economics Institute, Working Paper No. 715, April 2012: http://www.levyinstitute.org/pubs/wp_715.pdf

Spence, Michael: The Next Convergence. The Future of Economic Growth in a Multispeed World. New York: Farrar, Straus and Giroux, 2011.

Luiz Carlos Bresser-Pereira ist Ökonom, Sozialwissenschaftler und Herausgeber einer der einflussreichsten wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen in Brasilien. In den späten 1980er Jahren war er Finanzminister seines Landes. Seine Arbeit als Ökonom konzentriert sich auf die Neue Entwicklungsökonomie und die Kritik des Neoliberalismus.



Buenos Aires, Argentinien. 2. September 2016. Arbeiter-Gewerkschaften versammeln sich in Buenos Aires, Argentinien, um gegen Entlassungen, Steuererhöhungen und Inflation zu protestieren.